

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 10/006/2022/1

Kreistag am 07.04.2022

Zu Punkt 18:	Fairtrade-Town Hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN vom 15.03.2022
---------------------	--

Landrat Hendele erläutert die Hintergründe der notwendig gewordenen Ergänzungsvorlage.

KA Köster-Flashar führt zu den Hintergründen des Antrages aus. Bereits fünf kreisangehörige Städte seien ebenfalls als „Fairtrade-town“ zertifiziert. Der Kreis könne sich durch die Zertifizierung in seinem äußeren Erscheinungsbild nochmals verbessern und zudem ein deutliches Zeichen setzen, auch für die fünf noch nicht zertifizierten kreisangehörigen Städte.

KA Schulte macht deutlich, dass er das inhaltliche Anliegen durchweg unterstütze. Allerdings habe die Kreisverwaltung auf Nachfrage hin deutlich gemacht, dass dieses Projekt personell gesehen aktuell nicht umsetzbar sei. Daher sehe er derzeit auch keinen Sinn darin, einen Vorratsbeschluss zu fassen.

Landrat Hendele entgegnet, dass die Verwaltung deutlich gemacht habe, dass es bedingt durch die Corona-Pandemie und die Ukraine-Situation derzeit personelle Engpässe gebe. Allerdings sei der Kreistag in seinen Entscheidungen frei und was der Kreistag rechtmäßig beschließe, werde die Verwaltung auch umsetzen. In welcher zeitlichen Schiene dies geschehe sei eine andere Thematik.

KA Madeia sagt die grundsätzliche Unterstützung der CDU-Fraktion zu. Dabei verdeutlicht er, dass die Kooperation mit den kreisangehörigen Städten beziehungsweise die interkommunale Zusammenarbeit der entscheidende Punkt sei, da in den Städten die meisten Anknüpfungspunkte hinsichtlich „Fairtrade“ liegen.

KA Küchler begrüßt die grundsätzliche Intention des Antrages. Allerdings sei der Begriff „fair“ rechtlich nicht geschützt, woraus eine große Anzahl privater Siegel resultiere. Daher sei aus ihrer Sicht eine gute Öffentlichkeitsarbeit entscheidend, damit die Bürgerinnen und Bürger nähergebracht bekommen, welchen Siegeln sie vertrauen können.

KA Ernst schließt an, dass es mehrere vertrauenswürdige Siegel gebe, die genutzt werden können. Sie realisiere, dass die Verwaltung übermäßig ausgelastet sei. An dieser Stelle bedankt sie sich bei allen Verwaltungsmitarbeitenden für ihren Einsatz. Mit Blick auf den Antrag konstatiert sie, dass durch Beschlussfassung lediglich ein Auftakt gestaltet werde und überdies – mit Blick auf die Umsetzung – kein zeitlicher Druck für die Verwaltung einhergehe.

KA Dr. Ibold erläutert, dass der Leitsatz „global denken, lokal handeln“ durch „Fairtrade“ vor Ort ganz hervorragend umgesetzt werden könne. Er unterstreicht den nicht bestehenden zeitlichen Druck. Vielmehr stehe im Vordergrund, einen Prozess einzuleiten und die zu beteiligenden Akteure mitzunehmen.

KA Joseph empfindet den Antrag als einen vernünftigen Vorstoß. Im Mittelpunkt stehe – wie bereits erwähnt – die Einbindung der kreisangehörigen Städte. Wichtig sei ihm, dass tatsächlich kein zeitlicher Druck mit diesem Beschluss einhergehe. Er plädiert dafür, dass die Beschlussumsetzung bis zum Ende der Wahlperiode (2025) andauern dürfe.

KA Madeia schließt sich den Ausführungen von KA Joseph an. Für ihn sei dieser Beschluss ebenfalls als „Auftaktbeschluss“ beziehungsweise „Grundsatzbeschluss“ anzusehen, welchem sich ein Prozess mit einer Steuerungsgruppe anschließe.

KA Schulte erläutert, dass die SPD-Fraktion den Antrag – mit Blick auf die vorgenannten Ausführungen – nicht ablehnen werde.

KA Pollmann führt aus, dass „Fairtrade-town“ eher eine Angelegenheit für die kreisangehörigen Städte statt für die Kreisebene sei. Für ihn sei der tatsächliche Einfluss des Kreises auf Vereine, Einzelhandel, Kirchen etc. fraglich. Die AfD-Fraktion könne dem Antrag daher nicht zustimmen.

KA Ernst und KA Küchler entgegnen, dass es bereits 40 „Fairtrade“-Kreise gebe.

KA Madeia schlägt aufgrund der vorangegangenen Ausführungen und der damit verbundenen Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit vor, dass der Beschlussvorschlag unter Ziffer 1 um „in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten“ ergänzt werde.

Gegen den Vorschlag von KA Madeia werden aus den Reihen der Kreistagsabgeordneten keine Einwände erhoben.

Sodann stellt Landrat Hendele den modifizierten Antrag mit der zuvor ausgeführten großzügigen Zeitschiene zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Kreis Mettmann beschließt, an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ teilzunehmen und in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten die Auszeichnung Fairtrade-Town anzustreben und die dazu erforderlichen Kriterien zu erfüllen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu einem offenen Treffen alle interessierten Organisationen, Verbände und Einzelpersonen einzuladen. Dort wird eine Steuerungsgruppe gebildet, die den weiteren Prozess zur Erfüllung der notwendigen Kriterien und zur Erlangung des Titels „Fair-trade-Kreis“ zusammen mit der Kreisverwaltung und dem Kreistag organisiert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

(Bei 5 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion)